



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Syrien Jahresbericht 2023

Die Regierung geht weiterhin mit voller Härte gegen Oppositionelle vor. Zehntausende sitzen in Gefängnissen, wo Folter und Misshandlungen an der Tagesordnung sind. Im Februar und April 2022 haben die Behörden das Schicksal von rund 1.056 Personen, die seit Beginn des Konflikts „verschwunden“ waren, teilweise aufgeklärt, indem sie die Standesamtsunterlagen aktualisiert und Sterbeurkunden ausgestellt haben. Diese enthielten zwar das Sterbedatum, aber keine Angaben zu den Umständen, unter denen die Personen starben. Die Behörden haben es versäumt, die Leichen der Verstorbenen an ihre Familien zurückzugeben.

Am 30. April erließ Präsident Assad das Gesetzesdekret Nr. 7, mit dem eine allgemeine Amnestie für „terroristische“ Straftaten gewährt wurde, mit Ausnahme derer, die zum Tod führten. Die Behörden gaben die Zahl der daraufhin freigelassenen Gefangenen nicht bekannt, lokale Organisationen schätzten jedoch, dass mindestens 150 Personen freigelassen wurden.

Die kurdische Administration hält weiterhin rund 17.000 Frauen und 37.000 Kinder syrischer, irakischer und anderer Nationalitäten in den Lagern al-Hol und al-Roj im Nordosten des Landes unter erbärmlichen Bedingungen und ohne Zugang zu einem ordnungsgemäßen Verfahren fest. Am 7. Februar eröffneten die Asayish, die Polizeikräfte der Autonomieverwaltung, das Feuer im Lager al-Hol, wobei mindestens ein Kind getötet und drei Frauen und drei Kinder verletzt wurden¹.

Am 20. Januar waren Hunderte von Kindern im Ghwairan-Gefängnis, einem Haftzentrum für Erwachsene in Hassake, zehn Tage lang gefangen und hatten nur begrenzten Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung, als es zu einem Schusswechsel zwischen den Streitkräften der Autonomieverwaltung, den Syrian Democratic Forces (SDF), und dem Islamischen Staat kam. Kinder werden weiterhin unter katastrophalen Bedingungen in Hafteinrichtungen festgehalten, was einen Verstoß gegen das Übereinkommen über die Rechte des Kindes darstellt.

Am 30. März erließ Präsident Assad das erste syrische Gesetz, das Folter unter Strafe stellt (Gesetz Nr. 16/2022), das jedoch nichts gegen die Straffreiheit von Militär- und Sicherheitsbeamten unternimmt, keine Wiedergutmachung für frühere Folteropfer anbietet, keine Schutzmaßnahmen für Zeugen oder Überlebende von Folter vorsieht und keine Angaben

¹ https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/02/syria-fatal-shooting-of-a-child-in-al-hol-camp-must-be-a-call-to-international-action/?utm_source=annual_report&utm_medium=pdf&utm_campaign=2021

darüber macht, ob Überlebende von Folter oder, im Falle ihres Todes, ihre Familien eine Entschädigung erhalten werden².

Laut der UN-Untersuchungskommission foltern die syrischen Regierungsbehörden weiterhin Gefangene und misshandeln sie auf unterschiedliche Weise, u. a. durch „Elektroschocks, das Verbrennen von Körperteilen, das Zusammenfallen in Autoreifen (dulab) und das Aufhängen an einem oder zwei Gliedmaßen für längere Zeit (shabeh), oft in Verbindung mit schweren Schlägen mit verschiedenen Werkzeugen, einschließlich Stöcken oder Kabeln.“

Im August verzeichnete die syrische Organisation Syrians for Truth and Justice die Verhaftung von 311 Personen in Afrin, einer überwiegend kurdischen Stadt in Nordsyrien, während der ersten sechs Monate des Jahres aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder zur Erpressung von Lösegeld. Von ihnen wurden 282 wieder freigelassen.

Nach Angaben der UN-Untersuchungskommission hielt die Syrian National Army (SNA) Inhaftierte zwischen drei Monaten und drei Jahren in Isolationshaft, untersagte den Kontakt zu einem Anwalt und bedrohte oder verhaftete Familienangehörige, die sich nach dem Schicksal oder dem Verbleib der Inhaftierten erkundigten oder erlaubte ihnen den Kontakt nur, wenn sie Bestechungsgelder zahlten.

² https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/03/syria-new-anti-torture-law-whitewashes-decades-of-human-rights-violations/?utm_source=annual_report&utm_medium=pdf&utm_campaign=2021